

Zeitschriften

Theologie und Religion

DAGENS, CLAUDE. Le fait religieux dans l'enseignement. In: Etudes Nr. 3855 (November 1996) S. 471–480.

Die Überlegungen von Bischof Dagens zur Bedeutung von Religion für die Schule sind am französischen Kontext orientiert. In Frankreich gibt es – mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen – bekanntlich keinen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, wohl aber seit Jahren eine Diskussion darüber, ob nicht Religion an der Schule als Teil von deren Bildungsauftrag ihren Platz haben müsse. Dagens schlägt kein ausgearbeitetes Modell vor, sondern macht auf allgemeine Gesichtspunkte aufmerksam, die in diesem Zusammenhang heute zu beachten sind. Die Berücksichtigung von Religion in der Schule ist für ihn eine Konsequenz aus der gesellschaftlich-kulturellen Wiederkehr des Interesses für Religion jenseits der laizistischen und marxistischen Religionskritik. Gleichzeitig müsse die Schule durch den Einbezug von Religion auch auf fundamentalistische Tendenzen reagieren. Dagens erinnert daran, wie sehr Bibel und jüdisch-christliche Tradition Teil unserer kulturellen Wurzeln sind: Religion als Teil des schulischen Bildungsauftrags erscheint so als Mittel gegen die drohende Gedächtnislosigkeit der Gegenwartskultur. Er spricht sich gegen ein eigenes Fach „Religionsgeschichte“ aus und plädiert stattdessen dafür, Fächer wie Geschichte, Philosophie, Literatur und Kunst für die Dimension Religion zu öffnen.

NÜCHTERN, MICHAEL. Was heißt „religiöser Markt“? In: Materialdienst der EZW Jhg. 59 Heft 11 (November 1996) 313–320.

Der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) widmet sich der Frage, inwieweit das derzeit gern und häufig gebrauchte Bild vom „religiösen Markt“ oder auch „Supermarkt“ die religiöse Wirklichkeit trifft. Er nennt bemerkenswerte Gesichtspunkte, die mehr Vorsicht bei der Rede vom religiösen Markt nahelegen. So übersehe das Bild vom Markt gewachsene Bindungen, lebensgeschichtliche Verankerungen von Religion

und historische Ungleichzeitigkeiten. Es gingen eben nicht religiös völlig ungeprägte Kunden auf den Marktplatz. Ein Zweites: Die Marktmetapher blendet für Nüchtern aus, „daß es gerade angesichts der Pluralität von Wahrheitsansprüchen zu fundamentalistischen Orientierungen und Verhärtungen kommen kann“. Statt einer früheren „objektiven“ Monopolsituation hätten heute viele Menschen für sich eine „subjektive Monopolsituation“ hergestellt. Schließlich stellt der Autor die Frage, ob das Bild vom Markt nicht die öffentliche Präsenz von Religion in der Gesellschaft überschätze: „Trotz Esoterik-Buchladen, Werbung in der Presse und einschlägigen Fernsehmagazinen gilt religiöse Orientierung als Privatsache und wird auch nur verschämt geäußert.“ Mit dem grellen Markt- bild werde das religiöse Schweigen in der lauten Wirtschafts- und Freizeitwelt über- spielt.

Kultur und Gesellschaft

PALAUER, WOLFGANG. Das biblische Menschenbild und seine Konsequenzen für die Politik. In: Ethica Jhg. 4 Heft 3 (1996) 227–244.

Ist Politik, das politische Geschäft in einer Demokratie westlichen Zuschnitts vereinbar mit dem biblischen Menschenbild, das seine Sinnspitze, wie der Innsbrucker Moraltheologe ausführt, in radikaler Perspektivumkehr der antiken Konzeption des Politischen in der Identifikation mit allen verfolgten, von der Gemeinschaft ausgestoßenen Opfern hat? Zwar lägen die Wurzeln der modernen Demokratien im biblischen Denken, dort aber, wo formale Aspekte wie das Mehrheitsprinzip im Vordergrund stünden, kämen inhaltliche wie die biblische Forderung nach Solidarität mit den Geringsten zu kurz. Eine Möglichkeit der Vermittlung im Sinne eines sich gegenseitigen Brauchens von Politik und biblischem Menschenbild sieht Palaver in dem Konzept oder Begriff der „Antipolitik“, wie ihn die früheren Dissidenten György Konrád und Václav Havel geprägt haben: „eine Überprüfung der herrschenden politischen Philosophien, der ideologisch bestimmten Pseudorealpolitik, die Verteidigung der Menschenrechte aus der Per-

spektive der möglichen Opfer“ (Konrád). Dieses Verhältnis zwischen Politik und biblischem Menschenbild werde jedoch bedroht durch „antipolitisch motivierten Moralismus gegen jede Politik“ auf der einen und realpolitisch-zynische Verdrängung jeder „Antipolitik“ auf der anderen Seite.

PAWLOWSKI, HANS-MARTIN. Recht und Rechtsbegründung in christlicher Verantwortung. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik Jhg. 40 Heft 4 (Oktober/Dezember 1996) 276–294.

Den Ausgangspunkt der Überlegungen des Mannheimer Juristen bildet ein vielbeschriebenes Dilemma: Das Recht bedürfe immer auch der moralischen Begründung, um für den einzelnen innerlich, sittlich verpflichtend zu sein. In einem pluralistischen Staat aber, der bei strikter weltanschaulicher Neutralität Glaubensfreiheit gewährleisten will, müßte sich die moralische Begründung aus den unterschiedlichen Weltanschauungen oder Religionen der Bürger ergeben, die deren moralische oder sittliche Urteile bestimmten. Für den Christen sieht Pawlowski diese moralische Begründung vorhandenen Rechts von zwei Seiten her bestimmt: Er müsse über das jeweilige Recht hinausgehen, da es – wie es die Barmer Erklärung formulierte – keine Bereiche unseres Lebens gibt, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären. Der Christ müsse aber auch über seinen Glauben hinausgehen, da sich Verbesserung der rechtlichen Regelungen, nur „jeweils aus dem Fortschritt der allgemeinen Erkenntnis ergeben“. Dieses Postulat und seine Begründung untermauert Pawlowski dabei mit der kritischen Analyse des Argumentationsverlaufs bei Auseinandersetzungen etwa zu Fragen des Schutzes des ungeborenen Lebens oder des Asylrechts. Diese zeigten, daß es besser sei, die Funktionsweise konkreter Regelungen miteinander zu vergleichen, auf internationale Standards zu achten und nicht nach Motiven und Glaubensvorstellungen zu fragen. Zu Recht werde immer wieder betont, „daß der Christ bei seiner Teilnahme an staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten auf seine durch den Glauben an Jesus Christus zur ‚Sachlichkeit befreite Vernunft‘ verwiesen ist“.